DEUTSCHLAND IN DER WIRTSCHAFTLICHEN ABWÄRTSSPIRALE

Kaufkraft, Energiepreise, kommunale Belastungen, Binnenkonsum und regionale Wirtschaftsstrukturen

Wirtschaftspolitische Untersuchung
mit Fallbeispiel Mörfelden-Walldorf
und Szenarien bis 2035

Untersuchungszeitraum: 2015–2026
Datenstand: 4. November 2026

Wissenschaftlich orientierte Arbeitsfassung
Keine Dissertation und keine amtliche Studie

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung
1. Einleitung und Forschungsfrage
2. Methodik und Aussagegrenzen
3. Kaufkraft, Inflation und Reallöhne
4. Energiepreise als Kostenfaktor
5. Einzelhandel und Binnenkonsum
6. Tourismus und Gastronomie
7. Kommunale Finanzlage in Deutschland
8. Fallstudie Mörfelden-Walldorf
9. Bürokratie und Investitionshemmnisse
10. Szenarien für 2027 bis 2035
11. Handlungsempfehlungen
12. Fazit
Quellenverzeichnis

Zusammenfassung

Diese Untersuchung analysiert, ob das Zusammenwirken steigender Lebenshaltungs- und Betriebskosten, kommunaler Finanzprobleme, veränderter Konsumgewohnheiten und bürokratischer Anforderungen die wirtschaftliche Substanz Deutschlands und insbesondere die regionalen Wirtschaftsstrukturen schwächen kann.

Die Daten ergeben kein einheitliches Bild eines allgemeinen wirtschaftlichen Niedergangs. So stiegen die Reallöhne 2025 nach der aktuellen Destatis-Zeitreihe um 1,9 Prozent, und der deutsche Einzelhandel verzeichnete 2024 einen realen Umsatzzuwachs von 1,1 Prozent. Gleichzeitig sank der reale Umsatz des Gastgewerbes 2025 um 2,1 Prozent, während die Kommunen ein Rekorddefizit von 31,9 Milliarden Euro auswiesen. [1–4]

Besonders deutlich wird der finanzielle Druck auf kommunaler Ebene. Das KfW-Kommunalpanel 2026 beziffert den wahrgenommenen kommunalen Investitionsrückstand auf 231,2 Milliarden Euro. Für Mörfelden-Walldorf dokumentieren die veröffentlichten Gebührensätze deutliche Veränderungen bei Wasser- und Kanalgebühren. Zudem weist der Haushaltsentwurf 2026 einen Fehlbedarf aus und sieht weitere Konsolidierungsmaßnahmen vor. [5–7]

Die zentrale Schlussfolgerung lautet: Eine Abwärtsspirale ist kein zwangsläufiges Ergebnis, aber ein plausibles Risiko, wenn Kaufkraft, Unternehmensrentabilität und kommunale Handlungsfähigkeit gleichzeitig unter Druck geraten. Für eine belastbare Bewertung müssen gesamtwirtschaftliche Daten und lokale Beobachtungen getrennt betrachtet werden.

1. Einleitung und Forschungsfrage

Eine leistungsfähige Volkswirtschaft benötigt private Nachfrage, wettbewerbsfähige Unternehmen und handlungsfähige Kommunen. Private Haushalte finanzieren mit ihren Konsumausgaben einen erheblichen Teil der wirtschaftlichen Aktivität. Unternehmen schaffen Beschäftigung, Einkommen und Steuereinnahmen. Kommunen stellen Infrastruktur und öffentliche Leistungen bereit, die wiederum Voraussetzung für wirtschaftliche Tätigkeit sind.

In der öffentlichen Debatte wird zunehmend die Sorge geäußert, dass steigende Energie- und Lebenshaltungskosten, höhere kommunale Abgaben sowie umfangreiche Verwaltungsanforderungen den finanziellen Spielraum von Haushalten und Betrieben verringern. Besonders sichtbar erscheinen mögliche Folgen im stationären Einzelhandel, in der Gastronomie und in kleineren Ortszentren.

Diese Arbeit untersucht daher folgende Leitfrage:

In welchem Umfang können steigende finanzielle Belastungen und strukturelle Hemmnisse Kaufkraft, Binnenkonsum und regionale Wirtschaftsstrukturen schwächen – und unter welchen Bedingungen kann daraus bis 2035 eine sich selbst verstärkende Abwärtsspirale entstehen?

Die Untersuchung vertritt keine vorab festgelegte politische Schlussfolgerung. Sie prüft die These anhand amtlicher Daten, kommunaler Veröffentlichungen und wirtschaftlicher Wirkungszusammenhänge. Wo Daten nur Teilaspekte abbilden, wird dies ausdrücklich kenntlich gemacht.

2. Methodik und Aussagegrenzen

Die Arbeit verbindet drei Ebenen: (1) bundesweite amtliche Statistiken, (2) kommunale Dokumente aus Mörfelden-Walldorf und (3) wirtschaftliche Interpretation und Szenarien. Vorrang haben Veröffentlichungen von Destatis, KfW und der Stadt Mörfelden-Walldorf.

Der Untersuchungszeitraum umfasst überwiegend 2015 bis 2025; 2026 wird dort berücksichtigt, wo zum Stichtag 4. November 2026 bereits belastbare Daten oder Haushaltsunterlagen vorliegen. Jahreswerte, Halbjahreswerte, vorläufige Ergebnisse und Planansätze werden nicht miteinander gleichgesetzt.

Eine wichtige methodische Grenze besteht darin, dass gesamtwirtschaftliche Kennzahlen keine individuelle Haushaltslage abbilden. Der Reallohnindex misst die durchschnittliche Entwicklung der Verdienste im Verhältnis zu Verbraucherpreisen. Er erfasst nicht vollständig die individuelle Belastung durch Miete, Finanzierungskosten, Grundbesitzabgaben oder unterschiedliche Verbrauchsstrukturen.

Ebenso lässt sich aus einer höheren kommunalen Gebühr nicht unmittelbar auf einen bestimmten Rückgang des Konsums schließen. Dafür wären Haushaltsdaten und eine kausale Untersuchung erforderlich. Die Arbeit beschreibt deshalb wirtschaftlich plausible Wirkungsketten, ohne sie als bereits bewiesene Ursache-Wirkungs-Beziehungen auszugeben.

3. Kaufkraft, Inflation und Reallöhne

Die Verbraucherpreise stiegen nach Destatis im Jahresdurchschnitt 2021 um 3,1 Prozent, 2022 um 6,9 Prozent, 2023 um 5,9 Prozent, 2024 um 2,2 Prozent und 2025 erneut um 2,2 Prozent. Das Preisniveau lag 2025 damit deutlich über dem Niveau von 2020. Eine sinkende Inflationsrate bedeutet nicht, dass Preise wieder auf das frühere Niveau zurückkehren; sie bedeutet zunächst nur, dass sie langsamer steigen. [1]

Jahr	Veränderung Verbraucherpreise
2021	+3,1 %
2022	+6,9 %
2023	+5,9 %
2024	+2,2 %
2025	+2,2 %

Die Reallöhne entwickelten sich parallel dazu wechselhaft. Nach der aktuellen Destatis-Zeitreihe stiegen sie 2022 nicht, 2023 um 0,2 Prozent, 2024 um 2,9 Prozent und 2025 um 1,9 Prozent. Für 2022 weist die aktuelle Zeitreihe einen Rückgang um 4,1 Prozent aus. Die Werte können sich gegenüber älteren Veröffentlichungen aufgrund methodischer Überarbeitungen leicht unterscheiden. [2]

Jahr	Reallohnveränderung
2020	−1,3 %
2021	0,0 %
2022	−4,1 %
2023	+0,2 %
2024	+2,9 %
2025	+1,9 %

Die Erholung der Reallöhne ist ein wichtiger Gegenbefund zu einer pauschalen These stetig sinkender Kaufkraft. Sie beseitigt jedoch nicht automatisch die Belastung durch zuvor stark gestiegene Preise. Wer dauerhaft höhere Beträge für Energie, Wohnen, Lebensmittel oder kommunale Leistungen aufbringen muss, kann trotz eines durchschnittlichen Reallohnzuwachses weniger Spielraum für freiwillige Ausgaben haben.

Für die weitere Untersuchung ist deshalb zwischen drei Größen zu unterscheiden: dem Reallohn, dem verfügbaren Haushaltseinkommen nach festen Ausgaben und der tatsächlich frei verfügbaren Kaufkraft. Letztere ist für Einzelhandel, Gastronomie und Tourismus besonders relevant.

4. Energiepreise als Kostenfaktor

Energie ist ein wesentlicher Kostenbestandteil für private Haushalte und Unternehmen. Die vom Bundeswirtschaftsministerium veröffentlichte BDEW-Auswertung nennt für Haushalte durchschnittliche Strompreise von 29,5 Cent je Kilowattstunde im Jahr 2015, 46,5 Cent 2022, 47,0 Cent 2023, 40,5 Cent 2024 und 39,0 Cent 2025. Für 2026 enthält die Darstellung einen fortgeschriebenen beziehungsweise prognostischen Wert von 37,0 Cent. [3]

Jahr	Haushaltsstrompreis (ct/kWh)	Einordnung
2015	29,5	Ausgangswert
2022	46,5	Energiekrisenjahr
2023	47,0	Höchstwert der Reihe
2024	40,5	Rückgang
2025	39,0	weiterhin über 2015
2026	37,0	Prognose/Fortschreibung

Der Vergleich zeigt, dass sich die Strompreise gegenüber dem Krisenhoch wieder verringert haben, aber 2025 weiterhin deutlich über dem Wert von 2015 lagen. Für Unternehmen sind neben dem Strompreis auch Gas, Wärme, Netzentgelte, Beschaffungskonditionen und der jeweilige Energieverbrauch entscheidend. Ein pauschaler Vergleich zwischen Haushaltsstrom und industriellen Energiepreisen wäre daher nicht sachgerecht.

Wirtschaftlich problematisch wird Energie vor allem dann, wenn sie einen hohen Anteil an den laufenden Kosten eines Betriebs ausmacht und Preiserhöhungen nicht vollständig an Kunden weitergegeben werden können. Das kann Investitionen, Beschäftigung und die Rentabilität kleiner Betriebe belasten.

5. Einzelhandel und Binnenkonsum

Der stationäre Einzelhandel steht unter dem Einfluss mehrerer Veränderungen: Onlinehandel, veränderte Einkaufsgewohnheiten, Kosten für Personal und Energie, Mietkosten sowie die Konzentration von Kaufkraft auf größere Einkaufsstandorte. Der Rückgang einzelner Geschäfte ist daher nicht ausschließlich auf steigende Abgaben zurückzuführen.

Die amtlichen Umsatzdaten zeigen zudem, warum eine differenzierte Betrachtung notwendig ist. 2024 stieg der Einzelhandelsumsatz gegenüber 2023 real um 1,1 Prozent und nominal um 2,5 Prozent. Der Versand- und Internethandel verzeichnete 2024 real ein Plus von 5,0 Prozent. Der Einzelhandel in Verkaufsräumen wuchs real dagegen nur um 0,4 Prozent. [8]

Gleichzeitig lag der reale Gesamtumsatz des Einzelhandels 2024 laut Destatis noch 2,9 Prozent unter dem Rekordniveau des Jahres 2021. Daraus folgt: Ein positiver Jahresvergleich schließt strukturelle Schwierigkeiten einzelner Betriebsformen oder Standorte nicht aus.

Die Zahl der Geschäfte und die örtliche Angebotsvielfalt sind andere Messgrößen als der Gesamtumsatz. Eine Stadt kann weiterhin einen erheblichen Einzelhandelsumsatz aufweisen, während kleine Fachgeschäfte aus dem Zentrum verschwinden und der Einkauf stärker auf wenige großflächige Anbieter oder den Onlinehandel entfällt.

Für die kommunale Entwicklung ist deshalb nicht nur die Umsatzentwicklung wichtig. Ebenso relevant sind Leerstandsquoten, Passantenfrequenz, Branchenmix, Erreichbarkeit, Mieten und die Zahl inhabergeführter Betriebe. Ohne eine aktuelle Vor-Ort-Erhebung lässt sich der Zustand eines konkreten Ortskerns nicht allein aus Bundesstatistiken ableiten.

6. Tourismus und Gastronomie

Der Tourismus in Deutschland erreichte 2025 nach vorläufigen Ergebnissen 497,5 Millionen Gästeübernachtungen. Davon entfielen 413,7 Millionen auf Gäste aus dem Inland; das waren 0,7 Prozent mehr als 2024. Die Übernachtungszahlen belegen damit eine hohe touristische Nachfrage. [9]

Dem steht eine schwächere Umsatzentwicklung im Gastgewerbe gegenüber: Der reale Umsatz sank 2025 um 2,1 Prozent, während der nominale Umsatz um 1,4 Prozent zunahm. In der Gastronomie betrug der reale Rückgang 2,2 Prozent; nominal stieg der Umsatz um 1,8 Prozent. [4]

Diese Gegenüberstellung ist wirtschaftlich bedeutsam. Mehr Übernachtungen bedeuten nicht automatisch, dass Restaurants, Cafés, Einzelhandel und Freizeitbetriebe gleichermaßen profitieren. Gäste können preisbewusster konsumieren, sich selbst versorgen oder weniger Zusatzleistungen buchen. Die amtlichen Umsatzdaten beweisen allerdings nicht, welcher Anteil des Rückgangs konkret auf verändertes Urlaubsverhalten, Kostensteigerungen oder andere Faktoren entfällt.

Die Schlussfolgerung lautet daher nicht, dass der Inlandstourismus insgesamt zurückgeht. Vielmehr kann eine hohe Zahl von Übernachtungen mit einer schwächeren realen Umsatzentwicklung im Gastgewerbe zusammenfallen. Für touristisch geprägte Regionen ist deshalb die lokale Wertschöpfung mindestens ebenso wichtig wie die reine Zahl der Übernachtungen.

7. Kommunale Finanzlage in Deutschland

Die Finanzlage der Kommunen ist ein zentraler Bestandteil der Untersuchung, weil Städte und Gemeinden zahlreiche Leistungen erbringen, die unmittelbar für die Lebensqualität und wirtschaftliche Aktivität vor Ort relevant sind.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes verzeichneten die Gemeinden und Gemeindeverbände 2025 ein Finanzierungsdefizit von 31,9 Milliarden Euro. Das war das höchste Defizit seit der deutschen Vereinigung. Die kommunalen Ausgaben stiegen um 5,6 Prozent auf 423,3 Milliarden Euro, die Einnahmen um 4,1 Prozent auf 391,4 Milliarden Euro. [5]

Das KfW-Kommunalpanel 2026 beziffert den wahrgenommenen kommunalen Investitionsrückstand auf 231,2 Milliarden Euro. Besonders hohe Rückstände bestehen bei Schulen (68,9 Milliarden Euro) und Straßen (53,7 Milliarden Euro). Die KfW weist außerdem darauf hin, dass Planungen nicht immer umgesetzt werden, unter anderem wegen aufwendiger Genehmigungs- und Vergabeverfahren sowie Personalmangel in Bauverwaltungen. [6]

Diese Befunde stützen die Aussage, dass viele Kommunen unter erheblichem Finanz- und Investitionsdruck stehen. Sie beweisen jedoch nicht, dass jede Kommune gleichermaßen betroffen ist oder dass jede Gebührenerhöhung ausschließlich aus einem allgemeinen Finanzierungsdefizit folgt.

Kommunale Gebühren sind zudem grundsätzlich nach den jeweiligen rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Grundlagen zu kalkulieren. Eine Gebühr für Wasser oder Abwasser ist daher nicht ohne Weiteres mit einer frei verfügbaren Steuer gleichzusetzen. Für die Belastung der Haushalte zählt gleichwohl die Summe aller wiederkehrenden Zahlungsverpflichtungen.

8. Fallstudie Mörfelden-Walldorf

Mörfelden-Walldorf eignet sich als kommunales Fallbeispiel, weil die Stadt ein qualifiziertes Einzelhandelskonzept veröffentlicht hat und ihre Steuer- und Gebührensätze online dokumentiert. Die Stadt beschreibt sich als Mittelzentrum in der Rhein-Main-Region mit rund 35.000 Einwohnern. [10]

8.1 Einzelhandelsstruktur

Das qualifizierte Einzelhandelskonzept erfasste im Jahr 2020 insgesamt 137 stationäre Einzelhandelsbetriebe: 72 in Mörfelden und 65 in Walldorf. Die gesamte Verkaufsfläche betrug 29.870 Quadratmeter. Davon entfielen 5.670 Quadratmeter beziehungsweise 19 Prozent auf die Innenstadtbereiche. [11]

Das Konzept benennt unter anderem altersbedingte Betriebsaufgaben ohne erfolgreiche Nachfolgeregelung und die zunehmende Konkurrenz durch den Onlinehandel als Herausforderungen. Damit sind strukturelle Probleme bereits in einer kommunalen Untersuchung dokumentiert. Die Zahl von 137 Betrieben ist allerdings eine Bestandsaufnahme aus 2020 und darf nicht als aktuelle Betriebszahl für 2026 ausgegeben werden.

Die persönliche Beobachtung, dass heute nur noch wenige klassische Einzelhandelsgeschäfte in den Ortskernen vorhanden sind und neue Geschäfte teilweise nur kurze Zeit bestehen, ist ein wichtiger Ausgangspunkt für eine vertiefte Untersuchung. Um sie statistisch zu belegen, wäre eine neue Erhebung der Betriebe, Leerstände und Passantenfrequenzen erforderlich.

8.2 Entwicklung ausgewählter kommunaler Gebühren

Die veröffentlichte Gebührentabelle der Stadt zeigt für Wasser- und Kanalgebühren folgende Entwicklung. Die Summe aus Wasser- und Kanalgebühr stieg von 3,93 Euro je Kubikmeter im Jahr 2016 auf 6,39 Euro ab 2025. Das entspricht nominal einem Anstieg um rund 62,6 Prozent. [12]

Jahr	Wasser €/m³	Kanal €/m³	Gesamt €/m³
2016	1,68	2,25	3,93
2019	1,62	2,78	4,40
2022	1,89	3,01	4,90
2025	2,28	4,11	6,39

Auch die Gebühr für entwässerte Fläche stieg laut derselben Übersicht von 0,75 Euro je Quadratmeter ab 2016 auf 0,90 Euro ab 2025. Diese Zahlen belegen eine Erhöhung der veröffentlichten Gebührensätze. Sie sagen allein noch nichts darüber aus, wie stark sich die individuelle Jahresrechnung eines Haushalts verändert hat; dafür sind Verbrauch, Grundstücksgröße und Abrechnungsgrundlagen maßgeblich.

8.3 Grundsteuer und Gewerbesteuer

Die städtische Übersicht nennt für die Grundsteuer B einen Hebesatz von 790 Prozent ab 2020, 778 Prozent ab 2025 und 957 Prozent ab 2026. Für die Gewerbesteuer stieg der Hebesatz von 410 Prozent ab 2014 auf 420 Prozent ab 2022 und 435 Prozent ab 2024. [12]

Bei der Grundsteuer ist ein wichtiger methodischer Vorbehalt notwendig: Zum 1. Januar 2025 trat die Grundsteuerreform in Kraft. Der Hebesatz allein erlaubt deshalb keinen direkten Vergleich der tatsächlichen Steuerbelastung vor und nach der Reform. Maßgeblich ist das Produkt aus neu festgestelltem Grundsteuermessbetrag und kommunalem Hebesatz. Eine höhere Hebesatzzahl bedeutet daher nicht automatisch, dass jede Immobilie im selben Verhältnis stärker belastet wird.

Die Stadt erläutert außerdem, dass der Haushaltsentwurf 2026 einen Fehlbedarf im Ergebnishaushalt von rund 3,92 Millionen Euro auswies. Der Entwurf enthielt einen Hebesatzvorschlag von 998 Prozent für die Grundsteuer B; die aktuell veröffentlichte städtische Gebührentabelle weist für 2026 dagegen 957 Prozent aus. Für diese Arbeit wird deshalb der auf der aktuellen Gebührenseite veröffentlichte Wert verwendet; die Abweichung zum früheren Entwurfswert wird als Hinweis auf unterschiedliche Planungs- und Beschlussstände festgehalten. [12–13]

Der Fall Mörfelden-Walldorf zeigt damit konkret, wie kommunale Haushaltsprobleme, Gebührenentwicklungen und die Zukunft der Ortskerne miteinander in Beziehung stehen. Er ist jedoch kein repräsentativer Beweis für alle Kommunen Deutschlands.

9. Bürokratie und Investitionshemmnisse

Bürokratie kann wirtschaftliche Aktivität belasten, wenn Dokumentationspflichten, Genehmigungsverfahren und Förderbedingungen unverhältnismäßig viel Zeit und Geld beanspruchen. Besonders kleine Unternehmen verfügen häufig über weniger personelle Ressourcen, um solche Anforderungen zu erfüllen.

Auch kommunale Investitionen können verzögert werden. Die KfW nennt aufwendige Genehmigungs- und Vergabeverfahren, baurechtliche Anforderungen und Personalmangel in Bauverwaltungen als nichtfinanzielle Investitionshemmnisse. [6]

Daraus folgt nicht, dass jede Vorschrift überflüssig ist. Standards dienen unter anderem dem Schutz von Beschäftigten, Verbrauchern, Umwelt und öffentlichen Mitteln. Wirtschaftspolitisch sinnvoll ist daher nicht ein pauschaler Abbau aller Regeln, sondern die Prüfung auf Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit, Verständlichkeit und Vollzugskosten.

Ein weiterer Aspekt ist die zeitliche Dimension: Wenn ein Betrieb schließt, kann eine spätere Verbesserung der Rahmenbedingungen den Verlust nicht automatisch rückgängig machen. Deshalb sind schnelle und verlässliche Verfahren gerade für kleine Betriebe und kommunale Projekte von Bedeutung.

10. Szenarien für 2027 bis 2035

Die folgenden Szenarien sind keine amtlichen Prognosen. Sie beschreiben mögliche Entwicklungspfade unter unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Bedingungen.

10.1 Szenario A: Fortsetzung hoher Belastungen und langsamer Reformen

Bleiben Energie- und Betriebskosten hoch, steigen kommunale Belastungen weiter und werden bürokratische Verfahren nur langsam vereinfacht, könnten Haushalte freiwillige Ausgaben weiter einschränken. Unternehmen mit geringen Margen wären besonders gefährdet. In kleineren Ortszentren könnte sich der Rückgang des Geschäftsbesatzes fortsetzen. Kommunen könnten zugleich weniger Spielraum für Investitionen und Standortentwicklung haben.

10.2 Szenario B: Teilweise Stabilisierung

Sinkende Energiepreise, moderate Reallohnzuwächse und gezielte kommunale Entlastungen könnten die Lage stabilisieren. Der Strukturwandel im Einzelhandel würde dadurch jedoch nicht automatisch umgekehrt. Onlinehandel, demografische Entwicklung und Nachfolgeprobleme blieben bestehen. Eine Stabilisierung wäre daher wahrscheinlicher als eine vollständige Rückkehr zu früheren Innenstadtstrukturen.

10.3 Szenario C: Strukturreformen und bessere Standortbedingungen

Eine nachhaltige Verbesserung wäre möglich, wenn Kommunen verlässlich finanziert werden, Verwaltungsverfahren schneller werden, Energieversorgung und Netze wettbewerbsfähig bleiben und private Haushalte wieder mehr frei verfügbares Einkommen erhalten. Innenstädte könnten durch eine Mischung aus Handel, Gastronomie, Dienstleistungen, Kultur, Wohnen und öffentlichen Angeboten gestärkt werden.

Für alle Szenarien gilt: Die Entwicklung hängt nicht allein von politischen Entscheidungen ab. Internationale Konjunktur, Zinsen, technologische Veränderungen, Demografie und Konsumgewohnheiten beeinflussen die Ergebnisse ebenfalls.

11. Handlungsempfehlungen

1. Kommunale Pflichtaufgaben und deren Finanzierung müssen dauerhaft zusammenpassen. Bund und Länder sollten Aufgabenübertragungen mit einer nachvollziehbaren Finanzierung verbinden.
2. Kommunale Haushalte sollten transparenter darstellen, welche Kostensteigerungen auf gesetzliche Aufgaben, Personal, Energie, Investitionsstau und freiwillige Leistungen zurückgehen.
3. Bei Steuer- und Gebührenerhöhungen sollten Kommunen die Verteilungswirkungen auf Haushalte mit unterschiedlichen Einkommen und auf lokale Unternehmen offenlegen.
4. Die Grundsteuerbelastung sollte anhand typischer Grundstücks- und Gebäudefälle erläutert werden; Hebesätze allein reichen nach der Reform nicht für einen fairen Vorher-Nachher-Vergleich.
5. Förderprogramme und Genehmigungsverfahren sollten vereinfacht, digitalisiert und zeitlich kalkulierbar gestaltet werden.
6. Die Innenstadtpolitik sollte Leerstand, Passantenfrequenz, Branchenmix, Erreichbarkeit und Nachfolgeprobleme regelmäßig messen, statt sich allein auf die Zahl der Einwohner oder Gesamtumsätze zu stützen.
7. Tourismuspolitik sollte neben Übernachtungszahlen auch die regionale Wertschöpfung und die Lage von Gastronomie, Freizeitwirtschaft und Einzelhandel berücksichtigen.
8. Eine regelmäßige öffentliche Wirkungsprüfung sollte feststellen, ob Entlastungsmaßnahmen tatsächlich bei Haushalten und kleinen Unternehmen ankommen.

12. Fazit

Die Untersuchung bestätigt nicht die einfache These, dass Deutschland in allen Wirtschaftsbereichen bereits dauerhaft schrumpft. Die Reallöhne stiegen 2024 und 2025, der Einzelhandel verzeichnete 2024 einen realen Umsatzzuwachs und der Inlandstourismus erreichte 2025 einen Übernachtungsrekord. Diese Gegenbefunde müssen in einer seriösen Bewertung berücksichtigt werden.

Gleichzeitig zeigen die Daten erhebliche Belastungen: Das Gastgewerbe verzeichnete 2025 einen realen Umsatzrückgang, die Kommunen schlossen das Jahr mit einem Rekorddefizit ab und der kommunale Investitionsrückstand erreichte einen neuen Höchststand. In Mörfelden-Walldorf dokumentieren kommunale Unterlagen bereits 2020 strukturelle Herausforderungen im Einzelhandel; die veröffentlichten Wasser- und Kanalgebühren lagen 2025 deutlich über den Sätzen von 2016.

Damit ist die Gefahr einer wirtschaftlichen Abwärtsspirale plausibel, aber nicht als zwangsläufig bewiesen. Entscheidend ist, ob Belastungen auf Haushalte und Unternehmen treffen, ohne dass gleichzeitig Produktivität, Einkommen und öffentliche Leistungsfähigkeit ausreichend wachsen. Ebenso wichtig ist, ob Kommunen ihre Infrastruktur erhalten und Ortszentren an veränderte Einkaufs- und Lebensgewohnheiten anpassen können.

Die zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe besteht darin, die Belastbarkeit privater Haushalte, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen gemeinsam zu sichern. Eine Volkswirtschaft kann langfristig nicht allein von steigenden nominalen Umsätzen oder statistischen Rekorden leben. Entscheidend ist, ob reale Kaufkraft, regionale Wertschöpfung und wirtschaftliche Chancen erhalten bleiben.

Die Leitfrage für 2035 lautet daher: Gelingt es Deutschland, rechtzeitig strukturelle Reformen umzusetzen und regionale Wirtschaftsstrukturen zu stabilisieren – oder werden die Folgen von Investitionsstau, Geschäftsaufgaben und sinkender kommunaler Handlungsfähigkeit erst dann sichtbar, wenn wichtige Strukturen bereits verloren gegangen sind?

Quellenverzeichnis

[1] Statistisches Bundesamt (Destatis): Verbraucherpreisindex: Deutschland, Jahre, Tabelle 61111-0001. https://genesis.destatis.de/datenbank/online/table/61111-0001/table-toolbar (abgerufen am 04.11.2026).

[2] Statistisches Bundesamt (Destatis): Reallohnindex, Nominallohnindex: Deutschland, Jahre, Tabelle 62361-0020. https://genesis.destatis.de/datenbank/online/statistic/62361/table/62361-0020/chart/line (abgerufen am 04.11.2026).

[3] Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Jahreswirtschaftsbericht 2026 – Daten und Grafiken, Strompreisentwicklung; Datengrundlage BDEW-Strompreisanalyse. https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Downloads/jahreswirtschaftsbericht-2026-daten-und-grafiken.pdf (abgerufen am 04.11.2026).

[4] Statistisches Bundesamt (Destatis): Gastgewerbeumsatz 2025 real 2,1 % niedriger als im Vorjahr, Pressemitteilung Nr. 054 vom 19.02.2026. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/02/PD26_054_45213.html

[5] Statistisches Bundesamt (Destatis): Kommunen verzeichnen im Jahr 2025 neues Rekorddefizit von 31,9 Milliarden Euro, Pressemitteilung Nr. 114 vom 01.04.2026. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/04/PD26_114_71137.html

[6] Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW): KfW-Kommunalpanel 2026. https://www.kfw.de/Über-die-KfW/KfW-Research/KfW-Kommunalpanel.html

[7] Stadt Mörfelden-Walldorf: Haushaltsplanentwurf 2026 / Haushaltsberatungen mit den Fraktionen, Februar 2026. https://www.moerfelden-walldorf.de/de/aktuelles/presse/2026/februar/haushaltsplanentwurf-2026-haushaltsberatungen-mit-den-fraktionen/

[8] Statistisches Bundesamt (Destatis): Einzelhandelsumsatz im Jahr 2024 real um 1,1 % höher als 2023, Pressemitteilung Nr. 040 vom 31.01.2025. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/01/PD25_040_45212.html

[9] Statistisches Bundesamt (Destatis): Tourismus in Deutschland im Jahr 2025: Erneut Rekordwert bei Gästeübernachtungen, Pressemitteilung Nr. 046 vom 11.02.2026. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/02/PD26_046_45412.html

[10] Stadt Mörfelden-Walldorf: Einzelhandelskonzept. https://www.moerfelden-walldorf.de/de/wirtschaft/einzelhandelskonzept/

[11] imakomm AKADEMIE GmbH: Qualifiziertes Einzelhandelskonzept Mörfelden-Walldorf, 2021. https://www.moerfelden-walldorf.de/pdfs/bebauungsplaene/bebauungsplaene-im-verfahren/nr-52-aldi-langener-strasse/foermliche/09-qualifiziertes-einzelhandelskonzept.pdf

[12] Stadt Mörfelden-Walldorf: Steuer- und Gebührensätze. https://www.moerfelden-walldorf.de/de/rathaus/service/steuern-gebuehren/steuer-gebuehrensaetze/ (abgerufen am 04.11.2026).

[13] Stadt Mörfelden-Walldorf: Haushaltsplanentwurf 2026, Abschnitt Haushaltssatzung und Hebesätze. https://www.moerfelden-walldorf.de/pdfs/haushalt-und-finanzen/haushalt/entwurf-haushalt-2026l.pdf

Wer trägt die Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands?

Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands lässt sich nicht einer einzelnen Regierung, einer Partei oder einer bestimmten politischen Entscheidung zuschreiben. Sie ist das Ergebnis vieler Einflüsse: politischer Entscheidungen, wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, internationaler Entwicklungen und des Handelns von Unternehmen und Verbrauchern.

Trotzdem trägt die Politik eine besondere Verantwortung. Sie legt die gesetzlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen fest, beeinflusst Steuern, Energiepreise, Infrastruktur, Bildung, Arbeitsmarkt und Bürokratie. Wenn diese Rahmenbedingungen über längere Zeit Investitionen erschweren, Kosten erhöhen oder notwendige Veränderungen verzögern, kann das die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes beeinträchtigen.

Für die Untersuchung sollte deshalb zwischen politischer Verantwortung, wirtschaftlichen Einflussfaktoren und der Verantwortung der Unternehmen unterschieden werden.

1. Verantwortung der Bundesregierung

Die Bundesregierung trägt die zentrale Verantwortung für die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen auf Bundesebene. Dazu gehören insbesondere:

- die Steuer- und Abgabenpolitik,
- die Energie- und Klimapolitik,
- die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik,
- die Förderung von Forschung, Innovation und Digitalisierung,
- die Verkehrspolitik und die überregionale Infrastruktur,
- die Gestaltung von Gesetzen und Verwaltungsvorschriften.

Politische Entscheidungen wirken häufig über viele Jahre. Deshalb muss bei der Bewertung nicht nur betrachtet werden, welche Maßnahmen eine aktuelle Regierung ergreift, sondern auch, welche Entscheidungen frühere Bundesregierungen getroffen oder welche notwendigen Reformen sie unterlassen haben.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beschreibt die wirtschaftliche Schwäche Deutschlands 2025 als Zusammenspiel konjunktureller Faktoren, struktureller Probleme und geopolitischer Veränderungen. Er nennt unter anderem den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit und die demografische Alterung. Zugleich weist er darauf hin, dass die Umsetzung staatlicher Investitionen verbessert werden muss.
Sachverständigenrat Wirtschaft+1

Daraus ergibt sich: Die Verantwortung der Bundespolitik besteht nicht allein darin, kurzfristig auf Krisen zu reagieren. Sie muss auch langfristig verlässliche Bedingungen schaffen, unter denen Unternehmen investieren, Arbeitsplätze erhalten und neue Arbeitsplätze entstehen können.

2. Verantwortung der Bundesländer

Die Bundesländer tragen ebenfalls erhebliche Verantwortung. Sie sind unter anderem für wesentliche Bereiche der Bildung, der Polizei, der Landesverwaltung und die Umsetzung zahlreicher staatlicher Aufgaben zuständig.

Für die wirtschaftliche Entwicklung sind insbesondere folgende Bereiche wichtig:

- Qualität und Ausstattung der Schulen und Berufsschulen,
- berufliche Bildung und Fachkräftequalifizierung,
- Zustand der Landesstraßen und öffentlichen Einrichtungen,
- Genehmigungsverfahren und Verwaltungsorganisation,
- Unterstützung der regionalen Wirtschaft.

Der Föderalismus verteilt staatliche Aufgaben auf Bund und Länder. Dadurch können regionale Besonderheiten berücksichtigt werden. Gleichzeitig entstehen Abstimmungsprobleme, wenn Zuständigkeiten unklar sind oder Verwaltungsverfahren nicht einheitlich funktionieren.
Deutscher Bundestag+1

3. Verantwortung der Städte und Gemeinden

Die wirtschaftliche Lage wird nicht nur in Berlin oder den Landeshauptstädten entschieden. Sie zeigt sich ganz unmittelbar vor Ort: in den Innenstädten, bei Handwerksbetrieben, Gaststätten, Einzelhändlern und Dienstleistern.

Städte und Gemeinden beeinflussen die örtlichen wirtschaftlichen Bedingungen unter anderem durch:

- Gewerbe- und Grundsteuern,
- Gebühren für Wasser, Abwasser und Abfall,
- kommunale Straßen und Parkmöglichkeiten,
- Gewerbegebiete und Bauleitplanung,
- örtliche Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren,
- die Attraktivität von Ortszentren und öffentlichen Einrichtungen.

Das Beispiel Mörfelden-Walldorf verdeutlicht, wie kommunale Entscheidungen und finanzielle Belastungen bei Bürgern und Betrieben ankommen. Steigende Gebühren und kommunale Abgaben können die verfügbaren Einkommen der Haushalte verringern und die laufenden Kosten von Unternehmen erhöhen.

Allerdings sind Kommunen in ihren Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt. Sie müssen gesetzlich übertragene Aufgaben erfüllen und sind dabei häufig von Finanzzuweisungen, Landesgesetzen und bundespolitischen Entscheidungen abhängig. Die OECD weist ausdrücklich auf die finanziellen und administrativen Schwierigkeiten vieler Kommunen sowie auf den erheblichen Investitionsbedarf hin. OECD+1

Wichtig ist deshalb eine faire Unterscheidung: Eine Kommune kann für die Höhe einer selbst festgelegten Steuer oder Gebühr verantwortlich sein. Sie trägt aber nicht automatisch die alleinige Verantwortung für die finanzielle Situation, die zu dieser Entscheidung geführt hat.

4. Verantwortung der Europäischen Union

Deutschland ist als exportorientierte Volkswirtschaft stark in den europäischen Binnenmarkt eingebunden. Entscheidungen auf europäischer Ebene beeinflussen deshalb unmittelbar die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen.

Dazu gehören unter anderem:

- gemeinsame Handels- und Zollregelungen,
- Vorgaben für Energie und Klimaschutz,
- Umwelt- und Produktstandards,
- Wettbewerbs- und Beihilferecht,
- Regeln für den Binnenmarkt,
- europäische Förderprogramme.

Europäische Regelungen können gemeinsame Standards schaffen und Unternehmen den Zugang zu Märkten erleichtern. Sie können aber auch zusätzliche Anforderungen und Kosten verursachen, wenn Vorschriften zu komplex gestaltet oder national besonders aufwendig umgesetzt werden.

Der Sachverständigenrat weist darauf hin, dass die Fragmentierung des europäischen Binnen- und Kapitalmarktes die Anpassungsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften beeinträchtigt. Sachverständigenrat Wirtschaft+1

5. Verantwortung der Unternehmen und der Wirtschaft selbst

Eine sachliche Untersuchung darf die Verantwortung der Politik nicht isoliert betrachten. Auch Unternehmen tragen Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung.

Dazu gehören:

- Investitionen in moderne Produktionsverfahren,
- Forschung und Entwicklung,
- Digitalisierung,
- Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten,
- Anpassung an veränderte Märkte,
- verantwortungsvolle Unternehmensführung.

Nicht jede wirtschaftliche Schwierigkeit ist auf staatliche Entscheidungen zurückzuführen. Unternehmen müssen sich auch auf neue Wettbewerber, veränderte Nachfrage und technologische Entwicklungen einstellen.

Die Bundesbank beschreibt beispielsweise, dass deutsche Unternehmen in wichtigen Exportmärkten Marktanteile verloren haben. Neben Kosten- und Wettbewerbsnachteilen spielen dabei auch die Produktstruktur und die internationale Konkurrenz eine Rolle.
Deutsche Bundesbank

6. Welche Rolle spielen externe Einflüsse?

Auch die Politik eines einzelnen Landes kann die wirtschaftliche Entwicklung nicht vollständig kontrollieren. Deutschland ist von internationalen Entwicklungen besonders abhängig.

Zu den wesentlichen externen Einflüssen zählen:

- der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine,
- die internationalen Energie- und Rohstoffmärkte,
- die wirtschaftliche Entwicklung Chinas und der USA,
- internationale Handelskonflikte und Zölle,
- gestörte Lieferketten,
- weltweite Zins- und Finanzmarktentwicklungen.

Die OECD beschreibt, dass die Corona-Pandemie, der russische Angriffskrieg und zunehmende handelspolitische Spannungen die deutsche Wirtschaft erheblich unter Druck gesetzt haben. Gleichzeitig verweist sie auf strukturelle Probleme, die bereits vor diesen Krisen bestanden.
OECD+1

Damit wird deutlich: Externe Krisen können eine wirtschaftliche Schwäche verstärken. Sie erklären jedoch nicht automatisch alle inländischen Probleme.

7. Wo liegen die wichtigsten politischen Versäumnisse und Handlungsfelder?

Eine Untersuchung der politischen Verantwortung sollte insbesondere folgende Bereiche prüfen:

Bereich	Zu untersuchende Fragen
Energiepolitik	Wurden Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaziele ausreichend miteinander vereinbart?
Steuerpolitik	Sind die Belastungen für Arbeitnehmer, Mittelstand und Unternehmen angemessen?
Bürokratie	Warum dauern Genehmigungen und Verwaltungsverfahren häufig so lange?
Infrastruktur	Wurden Straßen, Schienen, Brücken und digitale Netze ausreichend modernisiert?
Bildung	Werden genügend Fachkräfte ausgebildet und qualifiziert?
Kommunalfinanzen	Haben Städte und Gemeinden genügend Mittel für ihre Aufgaben?
Wirtschaftspolitik	Sind die Rahmenbedingungen für Investitionen und Unternehmensgründungen attraktiv?

Besonders deutlich wird das Problem beim Thema Bürokratie. Der Sachverständigenrat bezifferte die jährlichen Kosten aus bundesrechtlichen Informationspflichten auf rund 65 Milliarden Euro. Hinzu kommen Belastungen durch europäische, Landes- und Kommunalvorschriften.

Sachverständigenrat Wirtschaft

Auch die OECD sieht in hohen Bürokratielasten, komplizierten Genehmigungsverfahren und Fachkräftemangel wesentliche Hindernisse für Investitionen und Produktivitätswachstum.
OECD+1

8. Wer muss sich künftig an seiner Verantwortung messen lassen?

Politische Verantwortung sollte nicht nur anhand von Wahlversprechen oder Regierungserklärungen beurteilt werden. Entscheidend ist, ob angekündigte Maßnahmen tatsächlich umgesetzt werden und ob sie messbare Verbesserungen bewirken.

Dazu gehören beispielsweise:

1. Sinkende Energie- und Standortkosten für Unternehmen.
2. Eine Verringerung unnötiger Bürokratie.
3. Schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren.
4. Eine Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur.
5. Eine Entlastung von Arbeitnehmern und mittelständischen Betrieben.
6. Eine verlässlichere Finanzierung der Kommunen.
7. Eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen.

Die OECD und der Sachverständigenrat sehen in diesen Bereichen wesentliche Voraussetzungen für eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung.
Sachverständigenrat Wirtschaft+1

9. Gesamtbewertung

Die Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands ist auf mehrere Ebenen verteilt. Die Bundesregierung trägt eine besondere Verantwortung für die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Die Bundesländer sind für wichtige Bereiche wie Bildung und Verwaltung zuständig. Städte und Gemeinden gestalten die wirtschaftlichen Bedingungen vor Ort. Die Europäische Union beeinflusst den gemeinsamen Wirtschaftsraum. Unternehmen wiederum müssen ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Investitionen und Innovation sichern.

Eine faire Bewertung muss deshalb auch die jeweiligen Handlungsmöglichkeiten berücksichtigen. Es wäre zu einfach, die gesamte wirtschaftliche Entwicklung einer einzelnen Regierung zuzuschreiben. Ebenso wenig wäre es sachgerecht, politische Entscheidungen ausschließlich mit internationalen Krisen zu erklären.

Die entscheidende Frage lautet daher nicht nur, wer für die gegenwärtige wirtschaftliche Situation verantwortlich ist, sondern auch, wer in den vergangenen Jahren welche Entscheidungen getroffen, welche Entwicklungen vorhersehen können und notwendige Veränderungen nicht rechtzeitig umgesetzt hat.

Gerade diese Unterscheidung ist wichtig, wenn aus einer wirtschaftlichen Bestandsaufnahme konkrete politische Forderungen entstehen sollen.

Quellen für diesen Abschnitt

- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 2025/26 – Perspektiven für morgen schaffen.

- OECD: OECD-Wirtschaftsberichte: Deutschland 2025.
- OECD: Foundations for Growth and Competitiveness 2026 – Germany.
- Deutsche Bundesbank: Strukturelle Herausforderungen der deutschen Wirtschaft.
- Deutscher Bundestag: Föderalismus und die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern